

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach 1-Konto Dresden 21 88. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Besteller
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Messe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pf.; amtlich 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Kellame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großnaundorf, Dreinig, Hauswalde, Ohorn, Oberfeina, Niederfeina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 98

Sonnabend, den 27. April 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Montag, den 29 April 1929, vorm. 11 Uhr sollen in Ohorn Gasthof „zur Eiche“
zwangsweise gegen Barzahlung
1 Stanzloch, 30 Stenzen, 1 Rollschrank, 3 große Reale, 1 Ladentisch,
1 Schreibtisch, 2 Schreibstühle, 2 Schreibmaschinen, 1 Nähmaschine,
250 Sockenhalter, 130 Sockenhalterschilder, 1000 mtr. Gummigurt,
900 mtr. Seide
meistbietend öffentlich versteigert werden.
Pulsnitz, am 27. April 1929. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Hofenträgerfabrikanten Robert
Max Römer, alleinigen Inhabers der Firma R. Max Römer in Großnaundorf, Sabels-
bergstraße 265 E, wird nach Abhaltung des Schlichtertermins hierdurch aufgehoben.

Amtsgericht Pulsnitz, am 28. April 1929.

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Mit Rücksicht auf die verspätete Frühjahrsbestellung und auf den Welt-
rekordanstieg in Berlin hat das Reichsamt zu Königsberg beschlossen,
den Termin für die 17. Deutsche Ostmesse um eine Woche zu ver-
legen, so daß die Königsberger Jahresmesse 1929 vom 18. bis 21.
August stattfindet.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 15. April 1 158 000.
Im Vergleich zur Vormonatszahl bedeutet dies eine Abnahme von 24 587.
Bleibt man aber denselben Zeitabschnitt des Vorjahres zum Vergleich
heran, so bedeutet der jetzige Stand eine Zunahme von 69 726.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.
Erhöhung des Reichsbankdiskonts um 1 Prozent. — Welche
Wirkungen werden durch diese Heraushebung ausgelöst? —
Eisenbahner-Lohnenerhöhung um 1 Pfennig bedeutet 13 Mil-
lionen Mehrbelastung der Reichsbahn. — Mehr Roggenbrot.
Infolge der andauernden Gold- und Devisen-
verluste, die in der letzten Woche allein den Rekord-
betrag von 230 Millionen Mark erreichten und sich seit
dem Jahresbeginn auf rund 1 Milliarde Mark
beziffern, sah sich die Reichsbank gezwungen, den Dis-
kontsatz von 6% auf 7% zu erhöhen. Worauf
ist nun dieser enorme Goldverlust der letzten Woche
zurückzuführen? In erster Linie ist er die Folge der
internationalen Anspannung der Geldmarktlage. Durch
große Spekulationen und der daraus entstehenden Geldver-
knappung erhöhte Amerika und späterhin auch England ihre
Diskontsätze. Der Erfolg war, daß demzufolge ein großer
Teil der Gelder, die bis dahin in Deutschland wegen des
dort höheren Zinsfußes angelegt waren, zurückgezogen und
auf den heimischen Märkten angelegt wurden, weil sie jetzt
dort annähernd gleiche Gewinne erzielen. Weiterhin wurde
die Reichsbankdiskonterhöhung veranlaßt durch die Verknäp-
fung der Geldmittel, vor allem der deutschen, im Inland,
die hervorgerufen ist durch die mangelnde Ausfuhr deutscher
Waren, durch die beträchtlichen Devisentransferenzen des
Reparationsagenten und durch die Devisenabflüsse für den
hohen Zins- und Tilgungsdienst, der uns aus den in den
letzten Jahren aufgenommenen zahlreichen Auslandsanleihen
erwächst.

Welche Wirkung wird nun die Diskonterhöhung
um 1 Prozent auf den Inlandsmarkt ausüben? Für die
deutsche Wirtschaft ist sie ohne Frage ein harter Schlag,
bedeutet sie doch gerade in einer Zeit, in der sämtliche deutschen
Wirtschaftszweige zur Belebung ihrer Wirtschaftstätigkeit
dringend einer Zinsermäßigung bedürfen, eine ver-
hängnisvolle neue Belastung. Da sie diese nicht ohne wei-
teres oder nur rein zeitlich tragen kann, muß mit einem we-
teren Rückgang der Kreditanspruchnahme gerechnet wer-
den, eine Entwicklung, die zwangsläufig zu einer weiteren
Abschwächung der ohnehin ungünstigen derzeitigen Konjunkt-
urlage führt. Auch das Reich selbst, das zur Erfüllung
seiner augenblicklichen Verpflichtungen gezwungen war, bei
den deutschen Banken einen Dreimonatskredit von 170 Mil-
lionen Mark aufzunehmen, wird durch die Diskonterhöhung
einschneidend betroffen. Da der Kredit zu einem Zinssatz
auf der Basis des jeweiligen Reichsbankdiskontsatzes
abgeschlossen war, erhöht sich auch seine Zinsschuld um
1 Prozent, eine Differenz, die bei dem Kredit von 170 Mil-
lionen recht beträchtlich ist. — Eine weitere Frage ist es,
wie das Ausland auf die deutsche Diskonterhöhung
reagieren wird. Bisher war es so, daß ein hoher deutscher
Zinssatz regelmäßig beträchtliche Auslandsgelder, nicht aus
Wenigensfreundlichkeit, sondern infolge der höheren Gewinn-
möglichkeiten (Deutschland hat neben Polen den höchsten
Zinssatz von allen wichtigen Wirtschaftsstaaten), auf den
deutschen Geldmarkt brachte. Ob das auch in Zukunft der
Fall sein wird, ist zunächst nicht abzusehen, um so weniger,
da das Ausland, besonders Frankreich, durch unerhörte Propa-
ganda das Vertrauen des Auslandes in die deutschen
Werte zu erschüttern sucht.

Eine der größten Gefahren der deutschen Wirtschaft sind
die gehäuft auftretenden Konflikte, die den Gang der Wirt-
schaft aufs nachteiligste hemmen und beengern. Mit Be-

Der Schlußbericht der Reparations-Konferenz

Ein Denkschrift von 100 Seiten — Amerika sagt: Deutschland am Ende seiner Borgfähigkeit
London zur Diskonterhöhung in Deutschland

Paris. Freitag nachmittag trat der von der Tribut-
konferenz eingesetzte Unterausschuß zusammen, dem die Auf-
gabe zufiel, den Schluß- oder Rechenschaftsbericht der Konfe-
renz vorzubereiten. Im Lager der Alliierten ist Tag und
Nacht gearbeitet worden, um dieses Dokument so schnell wie
möglich fertigzustellen. Wie man erfährt, umfaßt
der Bericht etwa 100 Seiten.

Außer dieser rein redaktionellen Arbeit, die bereits zur
Fertigstellung eines ersten Entwurfes geführt hat, haben seit
zwei Tagen keine Besprechungen stattgefunden.

Reparationsausrede in Washington

New York. Der amerikanische Präsident Hoover kon-
ferierte in der Regierungshauptstadt der Vereinigten Staaten,
Washington, mit dem Vorsitzenden des amerikanischen Par-
lamentarischen Ausschusses für Auswärtiges, Borah, eingehend
über die Reparationsfrage. Das Ergebnis wird streng ge-
heim gehalten.

In der amerikanischen Presse spricht man nach
wie vor davon, daß kein Tagungsort für Deutschland ungin-
stiger sein könnte als gerade Paris. Der Dawesplan müsse
jetzt zeigen, wie er im Sturm arbeiten werde. Deutschland
habe zwar mit der ausländischen Anleihe die bisherigen Re-
parationen bezahlen können; aber jetzt sei die Lage verändert,
da Deutschland am Ende seiner Borgfähigkeit
stehe, während zugleich seine Industrie schwer darniederliege
und die Arbeitslosenfrage sehr ernst sei. Deutschland hätte
auf den Transferschuß nicht verzichten können.

Das deutsche Angebot viel zu hoch.

Berlin. In einer Versammlung der Deutschnationalen
Volkspartei sprach der Führer der deutschnationalen Reichs-
tagsfraktion, Graf Westarp, über den äußeren und
inneren Zusammenbruch des Parlamentarismus. Die
ganze Reichspolitik werde jetzt von den Tributverhand-
lungen in Paris überschattet, wo man auf 58 Jahre über
das Schicksal der kommenden Generationen entscheiden
wolle. Die deutsche Regierung habe nicht dafür gesorgt,
daß die Verhandlungen auf die richtige Grundlage gestellt
würden. Die Grundlage hätte die Kriegsschuldfrage sein
müssen, deren Widerruf immer wieder gefordert werden
müsse. Die Deutschnationalen hätten nicht nur den bange
Zweifel, sondern seien überzeugt, daß die im deutschen Gut-
achten angegebene Summe von jährlich 1650 Goldmillionen
die deutsche Leistungsfähigkeit weit übersteige. Zutreffend
seien Schachts Voraussetzungen, nämlich die erforderliche
Stärkung der deutschen Produktionsfähigkeit und ihre Aus-
fuhr, also Niederlegung der Zollschranken der anderen,
Erweiterung der deutschen Rohstoffbasis im Osten und
Wiedererschließung der Kolonialgebiete für Deutschland.
Hauptleidtragende bei den Kontributionen würden die
Arbeiter sein.

Deutschlands Verschuldung an die internationale Hochfinanz.

Hamburg. Der preussische Handelsminister Dr. Schrei-
ber sprach in einer Versammlung des Demokratischen
Klubs über Deutschlands Wirtschaftslage und die Verhand-
lungen der Reparationsachverständigen. Ganz besonders
pessimistisch beurteilte er den Kapitalmangel der deutschen
Wirtschaft, die schweren Zinsverpflichtungen
und die rapid steigende Verschuldung an das Ausland.
Minister Dr. Schreiber bezeichnete die von der deutschen
Delegation in Paris angebotene Annuität von 1650 Mil-
lionen als eine sehr hohe Leistung, deren Er-
füllung nur bei weiterer Herabnahme von Auslandskapital
und Ausdehnung des Systems der aus deutschem Roh-
material hergestellten Sachlieferungen zu ermöglichen sein
werde.

London zur Diskont-Erhöhung in Deutschland

London, 26. April. Die Auswirkungen der Erhöhung
des Diskontsatzes der deutschen Reichsbank auf dem Londoner
Geldmarkt waren bisher gering und werden nach Ansicht
führender Citykreise kaum gefährliches Ausmaß annehmen.
Dagegen glaubt man, daß die Finanzlage Deutschlands für
den Fall des vollständigen Scheiterns der Pariser Verhand-
lungen sich verschlechtern wird, da in diesem Fall außer den
amerikanischen auch die bedeutenden französischen Mittel
zurückgezogen werden dürften. Einen Zusammenhang zwischen
den gegenwärtigen deutschen Finanzschwierigkeiten und dem
Verlauf der Pariser Konferenz hält man allgemein für ge-
geben. Dagegen hält man die deutsche Währung für nicht
gefährdet. Es wird englischerseits darauf hingewiesen, daß
sämtliche Länder an der Überwindung der deutschen Finanz-
krise und einem glatten Weiterarbeiten des Dawesplanes
nach einem Scheitern der Pariser Verhandlungen interessiert
seien. Die Frage, ob Deutschland nach einem Scheitern der
Sachverständigenverhandlungen unter den Transferebestimmun-
gen des Dawesplanes in der Lage wäre, auch weiterhin im
Auslande Anleihen aufzunehmen, hält man für ungeklärt.
Die Wahrscheinlichkeit hierfür wird im allgemeinen aber als
gering angesehen.

Um das Branntweinmonopol.

Im Stenarausschuß des Reichstages, der die
Beratung der Novelle zum Branntweinmonopol fortsetzte, brach-
ten die Regierungsparteien einen Kompromißantrag ein, der den
Wünschen des Zentrums gerecht werden sollte. Er sieht Sonder-
zuschläge von mindestens 50 Prozent für den Uebernahmepreis
des ablieferungs-fähigen Branntweins und eine Steuervergünsti-
gung von 45 Pfennig für den nichtablieferungs-fähigen Edel-
branntwein vor, während die Novelle die bisherige Vergünsti-
gung von 95 Pfennig gänzlich in Wegfall kommen lassen will.
Zentrum und Bayerische Volkspartei verlangten die volle bis-
herige Steuervergünstigung von 95 Pfennig. Einen ähnlichen
Antrag brachten die Deutschnationalen ein. Auf Wunsch des
deutschen Volkspartei wurde darauf die Weiterberatung bis
Dienstag vertagt.

Der Kampf um die Todesstrafe.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages
wird augenblicklich seit Tagen über die Todesstrafe debattiert.
Die Ansichten der sogenannten Mehrheitsparteien sind dabei
stark geteilt. Während die Sozialdemokraten und
die Demokraten für die Abschaffung der Todesstrafe
sind, hat der kürzlich neu ernannte Reichsjustizminister von
Guérard sich in einer längeren Rede als Anhänger
der Todesstrafe bekannt und für sich persönlich die An-
träge auf Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt; dagegen hat
der Vertreter der Deutschen Volkspartei im Straf-
rechtsausschuß des Reichstages, der Abgeordnete Dr. Kahl,
der sich zunächst bei allen Abstimmungen über die Todesstrafe
der Abstimmung enthalten hatte, jetzt einen Antrag mit
folgender Fassung eingebracht: „Wer einen anderen tötet
und die Tat mit Ueberlegung ausführt, wird mit lebens-
länglichem Zuchthaus bestraft.“ Dr. Kahl wird dann noch
einen Paragraphen einfügen, der die Frage der Sicherungs-
verwahrung für Mörder regeln soll.

Das Ergebnis der Abstimmung über die Todesstrafe ist
sowohl im Reichstagsausschuß wie auch bei einer späteren
Beratung des Plenums vollkommen zweifelhaft.